

# Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

## Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 198

Freitag, den 24. August 1923

163. Jahrgang.

### Hilferding über die Finanzlage des Reiches.

Berlin, 23. August.

In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages sprach Reichsfinanzminister Dr. Hilferding über die finanzielle Lage des Reiches. Ein gang entscheidende über den Reichstagler, der durch dringende Geschäfte unabkömmlich ist und nicht in der Sitzung die Ausführungen machen konnte, wie es ursprünglich seine Pflicht gewesen ist. Im weiteren Verlaufe der Rede jagte der Minister: Die außerordentliche Erregung und Gärung, die in der letzten Zeit des Kabinetts Gundo die Massen ergriffen hat und die eine Folge der plötzlich rapide fortschreitenden Dollarkrisis gewesen ist, hat

unser Finanzvermögen in eine geradezu furchtbare Verwirrung gebracht.

Eine der ersten Aufgaben der neuen Regierung ist es, durch die energigsten Maßnahmen hier zu einer gewissen Grundlage der Finanzpolitik überhaupt zurückzuführen zu können. Die Erregung hat sich in außerordentlich harten Anforderungen ausgedrückt, die trotz ihrer Erhöhungen nur eine gewisse Anpassung an die Werte gebracht hat. Als die Lohnverhöhungen festgelegt wurden, konnte die Unternehmerschaft mit einem Dollarkrisis kassieren, der sich damals zwischen 5 und 6 Millionen bewegte und von dem man annehmen konnte, daß er in den nächsten Tagen noch weitaus höhergehen würde. Als dann in den nächsten Tagen eine gewisse Beruhigung einsetzte, und der Dollarkurs auf 3 Millionen zurückging, hatten in vielen wichtigen Gewerbezweigen die Löhne bereits den Friedensstand erreicht, aber waren über den Friedensstand hinaus. Auch die Preise für wichtige Rohstoffe und Lebensmittel liegen über das Westmarktniveau, so daß die größte Gefahr bestand, daß der Export trocken und als Folge davon eine allgemeine wirtschaftliche Krise eintreten würde. Daneben bestand eine ungeheure

Verwirrung auf dem Devisenmarkt.

Für die Finanzverwaltung hatte dies zur Folge, daß sie ebenfalls zu Lohn- und Gehaltsverhöhungen schreiten mußte, die für die Geldwirtschaft des Reiches stark ins Gewicht fiel. Wir sind heute in der Situation, daß wir nicht nur für die Ausgaben des Reiches aufkommen, daß wir nicht nur das kommunale kolossale Defizit des Reiches decken müssen, sondern daß wir auch in die Zwangslage gebracht worden sind, die ganzen Ausgaben der verschiedenen öffentlichen Verwaltungen der Länder und Gemeinden zu decken, und zwar nicht nur in dem Ausmaß, das dem Finanzgesetz gleichgesetzt entspricht. Kräftig ist die Lage vielmehr heute so, daß wir das gesamte Defizit der Länder und zum großen Teil auch

das gesamte Defizit der Kommunen auf das Reich übernehmen müssen.

Wenn nicht der Zusammenbruch der gesamten Verwaltung eintreten soll, da die Länder und Gemeinden aus berechtigenden Mitteln außerordentliche Erhöhungen aufzubringen nicht in der Lage sind. Weiterhin schilderte der Minister, daß zur Beendigung des Budgetdefizits, der die Stilllegung der Notenpresse zur Folge hatte, sogar ein Teil der Löhne für die Buchdrucker auf das Reich übernommen werden mußte, so daß das Reich nunmehr sogar Löhne für die Pressejournalisten bezahle. Ebenso fallen alle gemeinnützigen Fürsorgeanstalten insoweit in die Folgen der Einführung eines Einheitszinses für die ausländischen Devisen und in die Disparitäten zwischen dem rein nominalen Nennwert und dem tatsächlichen Auslandsfuß der Mark. Damit sei eine außerordentlich große Gefahr für die Industrie entstanden, weil sie nicht mehr wußte, in welchem Ausmaß sie die unbedingt nötigen Devisen beschaffen konnte. Darum ist der Einheitszins möglichst wieder beseitigt worden, ohne daß entsprechende Maßnahmen getroffen wurden, um die Wirkung dieser plötzlichen Beseitigung halbwegs auszugleichen. Das war einer der Gründe des dann eintretenden plötzlichen Hinaufschwellens des Dollarkurses. Dies hatte wiederum zur Folge, daß die zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel nicht mehr ausreichten, so daß eine Banknotenflut eintrat. Dies erzeugte eine außerordentliche Panik und führte dazu, daß wir die ersten Erhöhungen einer Rezession (Zurückweisung) der Mark beobachten konnten. Die Mark wurde alsbald nicht mehr als Zahlungsmittel genommen. Insbesondere die Landwirte sind in Anbetracht daran gewisse Kreise des Einzelhandels begonnen den Verkauf gegen Mark anzustellen. Dies in Verbindung mit der Knappheit an Banknoten hat die ungeheure soziale Gärung erzeugt.

Die Forderungen auf die Goldanleihe sind befriedigend eingegangen.

Jedenfalls ist ein besseres Resultat zu erwarten, als bei den Dollarkrisisangelegenheiten. Aber trotz allem ist unsere finanzielle Situation außerordentlich ernst; denn

die Ausgaben, die das Reich zu leisten hat, sind geradezu in das Unmögliche gewachsen.

Unsere Situation ist so, daß trotz der neuen Steuererlässe ein sehr harter Nachtrag des Reiches vorhanden ist, und daß es die Aufgabe der Finanzverwaltung sein wird, ihnen Vorschläge zu machen, wie dieser Nachtrag vermindert werden kann, auch durch gewisse Steuererhöhungen. Darüber muß man sich unbedingt klar sein, daß in unserer jetzigen Situation wir keine Steuern abbauen und auch keine Steuern mildern können.

Wir können ohne Verringerung des Dollarkurses keine Politik treiben.

Wir können keine Kompromisse treiben, wenn die Löhne bei einem Drei-Millionen-Dollarkurs über den Friedensstand in einzelnen Zweigen hinuntergehen. Wir können überhaupt keine innere oder äußere Politik treiben, wenn wir nicht der Dollarkrisis Herr werden.

Deshalb brauchen wir als Grundlage der äußeren Politik eine Verringerung des Devisenmarktes, um der inneren Gärung Herr zu werden, um eine gewisse Beruhigung und Stabilität im Innern zu erzielen, und um dann auf diesen Grundlagen die Außenpolitik fortzuführen zu können.

Deshalb ist erforderlich, die strenge und — ich sage es ganz ausdrücklich, und das soll in die Devisenpolitik — eine brutale Devisenpolitik;

und ich sage noch weiter, die wirtschaftspolitischen Bedenken und Forderungen müssen jetzt hinter die währungspolitischen Bedenken zurücktreten werden, weil diese augenblicklich die wichtigsten Voraussetzungen für den Bestand des Deutschen Reiches geworden sind. Diese Grundlage, diese ganze Politik kann ich nur schaffen, wenn ich die Verringerung des Devisenmarktes den notwendigen Devisenfond zur Verfügung bekomme, wenn die Wirtschaft eintritt, daß es sich um eine Krisis und zugleich um die des Reiches handelt. Als Gegenwert für die Devisen soll gegeben werden nach Wahl der Abnehmer entweder Goldanleihe oder eine Ueberfremdung auf ein Goldkonto, und in dem Maße, wenn tatsächlich nachgewiesen wird, daß eine Veräußerung dem Steuerpflichtigen nicht möglich ist, wird die Zahlung erst auf in Papiermarkt entsprechend dem Goldwert angenommen. Zusammenfassend ist noch einmal folgendes zu sagen: Die Finanzlage, die wir als Erstschuß übernehmen müssen, ist außerordentlich ernst. Aller Anstrengung wird es bedürfen, um eine Krisis zu vermeiden, um eine Verbesserung durchzuführen. Dazu brauchen wir in erster Linie Ihre Unterstützung, die Mithilfe der Länder und sodann die Unterstützung der gesamten Wirtschaftskreise. In den nächsten Wochen und Monaten muß sich jeder Deutsche daran einstellen, daß gegenwärtig das Verbot des Staates ausnahmsweise aufgehoben wird. Deshalb müssen alle wirtschaftlichen Aktivitäten, alle Aktivitäten auf die privaten Interessen der nächsten Zeit einmal ausgegliedert werden. Wir müssen zunächst durch eine Verengung der Finanzen, durch eine Verringerung unserer Währungswirtschaft, dazu gelangen, daß wir die Krise überleben können. Diese Maßnahmen von dem aus überwand eine Politik möglich ist, die die Verringerung der Finanzen, die wir mit uns haben, vorbereitungen beginnen, schließlich zu einem gedeihlichen Ende zu führen. (Beifall.)

### Der Kanzler vor dem Reichstag.

Wahrung zur Einigkeit.

Berlin, 23. August.

Der Reichstag hielt heute nachmittags eine Sitzung ab. Reichsfinanzminister Dr. Hilferding stellte sich dem Reichstag vor und führte dabei in einer Ansprache aus:

Meine Herren! Sie kennen die Lage, in der das Reich sich befindet. Die Geschichte beruhen wurde. Diese Lage ist eine sehr schwere, ungewöhnliche. Sie ist eine sehr schwierige auf innenpolitischen Gebiet. Weder ist innerhalb sehr eng verbunden und ich möchte sagen, daß kaum die Führung der Außenpolitik so abhängig gewesen ist von einem einzigen Zusammenwirken aller Faktoren im Innern wie gegenwärtig. Man schaut heute auf das Deutsche Reich, um zu sehen, ob wir trotz aller Verdrängnisse noch die Kraft, die Beharrlichkeit und die Einigkeit aufbringen, um der Schwierigkeiten Herr zu werden, die jetzt auf uns einwirken.

Dabei ist vor allem nötig, daß in dieser Situation Reich und Länder eine Einigkeit in ihrem Zusammenwirken bilden. Ich habe in der ersten Verringerungserklärung im Reichstag gesprochen von dem Eigenleben der Länder. Ich habe davon gesprochen, daß dieses der Eigenart des deutschen Volkes entspricht, sich aber einleihen, müsse in Größe und Größe des Reiches. Das war nicht eine Augenblicksbemerkung, das war eine Erklärung, die in ihrem Wortlaut getragen war von dem Gesamtwort, und wenn in letzter Zeit davon gesprochen worden ist, daß ganz spezielle zentralistische Tendenzen der deutschen Reichsregierung vor Augen waren, so darf ich darauf hinweisen,

Anzeigenpreis: Der Spaltenpreis Millimeter. Saubrum 10 000,46 und der Spaltenpreis Millimeter. Saubrum 10 000,46 40 000,46. Die laufende Monatsausgabe wird dem Bezieher auf kleine Anzeigen bei jeder Ausgabe mit 5000,46 in Zahlung genommen. Ziffergebühren 24 000,46. Porto besonders. Alle Preise freibleibend. Unentgeltlich vormitting 10 Lib. Sammelanzeigen Sonderartik. Fernsprecher Nr. 100.

### Notverordnungen.

Das sozialdemokratische Zentralorgan hat offenbar im Auftrag der Partei unermüdlich „entscheidende Beschlüsse“ verlangt, um dem Marxbewertung Einhalt zu gebieten. Grundtätig wäre gegen „entscheidende“ Beschlüsse auch in Form von Notverordnungen nicht einzutreten, obgleich wir uns damit verweigern einer strikten Forderung, von der angeblich die Sozialdemokratie nichts wissen will. Daß aber die Notverordnungen zu ausfallen würden, wie es tatsächlich geschehen ist, das war nach den bisherigen schlichten Erfahrungen nicht zu erwarten. Es braucht nicht nur auf die Devisenpolitik der Regierung Gundo verwiesen zu werden, noch weniger darauf, daß diese Politik in der Hauptstadt auf Drängen der sozialistischen Gewerkschaftsführer gemagt wurde. Es genügt, auf die neuen Steuererlässe zu verweisen, deren Auswirkung die schließlichen Bestimmungen überfordert hat. Preisverhöhungen sind auf der ganzen Linie erfolgt und werden weiter erfolgen, das beispielweise die Rohstoffe nicht einmal, sondern kräftig abgemagt werden muß. „Berliner Tageblatt“ und „Vorwärts“ sind darüber entsetzt, weil nach ihrer Auffassung die neuen Steuern aus der Substanz hätten bezahlt werden müssen. Leider haben sich weder das „Tageblatt“ noch der „Vorwärts“ an diese guten Lehren gehalten, die sie bereitwillig anderen geben. So hat der „Vorwärts“ unmittelbar nach Annahme der neuen Steuern durch den Reichstag seine Forderungen um mehr als das Doppelte erhöht. Auch das „Berliner Tageblatt“ hat sich einen gewaltigen Schrit gemacht, was alles bezeugt, daß diese Zeitungen sich nicht daran denken, die Substanz zu begehren. Beim „Vorwärts“ ist diese Substanz nicht gering, denn sein Verlagsplatz hat einen Wert der nur mit Millionen zu berechnen ist. Desgl. beim „Berl. Tageblatt“.

Die neuen Notverordnungen laufen darauf hinaus, durch dringende Erlassung der inländischen Devisenbestände die Mark neuerdings zu kühlen. Der „Vorwärts“ behauptet, der Finanzminister würde staunen, wenn er wüßte, welche Mißverständnisse an Devisen in privaten Kreisen und bei den Banken ausgebreitet seien. Wir haben nicht dazugesehen, die Mißverständnisse zu beseitigen, zumal da, wo sie wirklich nur in den Zusammenhängen zu den Zwecken, den Bestreben der Vermögensverwaltung zu schließen. Außerdem muß zunächst festgestellt werden, daß die Devisenbestände im Ausland wirklich so hoch sind, wie die Sozialdemokraten zu durchsichtigen Forderungen behaupten. Weiter ist zu unterstreichen, wo der Devisenbestand dient oder dienen soll. Auslandskäufe an Rohstoffen und Nahrungsmiteln lassen sich überhaupt nur noch durch Eingabe von Wechseln betätigen. Diese Bestände anzugehen, wäre schimmer als wirtschaftlicher Selbstmord, es wäre ein Verbrechen an deutschen Volk und an der deutschen Wirtschaft. Wir wollen keinen Mißfall in die Zwangswirtschaft, wir wollen nicht, daß neuerdings ein paar von sozialdemokratischen Beamten aufgeföhrt wird, das den ganzen Devisenvorrat einfach rattenhaft wegföhrt! Was bleibt als für die neue Markführung übrig? Die Notverordnungen wollen einen Devisenbestand von 200 bis 250 Millionen Goldmark schaffen, um die Lebensmittelpreise zu senken. Auch dagegen wäre grundtätig nichts einzuwenden, wenn durch Notverordnungen nicht nur das Eine gelte, sondern auch das Andere getan oder erzwungen wird. So wie die Dinge heute liegen, ist nur bedingt, einen Eingriff in den Vermögensbestand zu machen, um laufende Ausgaben zu decken. Daß wir kein reiches Volk mehr sind, das ist unbestritten. Daraus folgt schon, daß wir nicht ohne Weiteres den geringen Vermögensbestand anzapfen dürfen, ohne auf der anderen Seite dafür zu sorgen, daß er wieder aufgefüllt wird. Gerade deshalb hat die Bankrott-Regierung Witte-Schmidt so schwere Schuld auf sich geladen, weil sie zunächst die Abspaltung der ersten Goldmarkstücke zuteil, sodann die bescheidenen Zahlungsmittel gab, die wieder nur mit der Substanz in Form von Reichsbanknoten bezahlt werden konnten. Diese Erschließungspolitik hat die deutsche Mark entwertet. Die Mark ließ sich von der Geldseite her allein nicht stützen. Wir können wohl einmal Devisen beschlagnahmen, aber nicht ein zweites Mal, da kein Mensch mehr Lust haben wird, Devisen einzuföhren, wenn er weiß, daß sie in den unergänzlichen Schuld der sozialistischen Finanzkunst wandern. Sollen die Notverordnungen auch Sinn haben, so müssen sie unverzüglich durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ergänzt werden, d. h. Staatsverengung durch Abschleifung.

Daß der Reichsminister des Innern, dem ja in erster Linie das Verhältnis des Reiches zu den Ländern zu wahren obliegt, keinesfalls in voller Uebereinstimmung der Haltung, die wir alle einnehmen, davon gesprochen hat, daß ihm von







# Beilage zu Nr. 198 des Merseburger Tageblattes

Freitag, den 24. August 1923

## Preisbildungstendenzen der letzten Zeit.

Ein Vergleich zwischen den in den letzten Monaten im Groß- und im Kleinhandel gezahlten Preise läßt erkennen, daß die Kleinhandelspreise ein immer stärker werdendes Bestreben der Anpassung an die Großhandelspreise haben. Wie stark dieses ist, ist daraus zu ersehen, daß in der Zeit von Juni bis Juli die Kleinhandelspreise, die im Mai infolge der Stabilisierungsaktion der Markt ziemlich weit zurückgefallen waren, um 23% gestiegen sind, während die Großhandelspreise nur um 20% sich erhöht hatten. Zur Zeit machen die Kleinhandelspreise  $\frac{2}{3}$  des Großhandelspreises, d. h. des Wiederbeschaffungspreises, aus. Leider ist damit zu rechnen, daß die völlige Annäherung der Kleinhandelspreise an die Großhandelspreise und dieser Preise an die Devisenkurse schon in nächster Zeit erfolgt. Die Anpassungsgeschwindigkeit der Papiermarktpreise an die Devisenkurse muß umso schneller vor sich gehen je mehr die Goldrechnung sich ausbreitet.

Sehr interessant ist, daß auf Dollarpreise, also auf stabile Preise umgerechnet, für die meisten Waren in den letzten Wochen sich außerordentliche Preisschwankungen ergeben. Einigenmaßen gleich geblieben sind nur die Preise für Einfuhrwaren, da diese fast ganz von den Devisen abhängig sind, die ihrerseits wieder — wohlgernekt auf Goldmarkt umgerechnet — eine Veränderung kaum erfahren haben. Sehr wesentliche Schwankungen weisen jedoch sonderbarerweise gerade die Waren auf, in denen, wie z. B. bei der Kohle, ein höherer Lohnanteil herrscht. Daraus ist zu schließen, daß der Lohnanteil zurzeit der am wenigsten gleichbleibende Faktor in der Goldkalkulation ist. Bei der Einführung der „wertbeständigen“ Löhne, wird der Anteil des Lohnfaktors ein neues preisverhärtendes Moment in die Warenkalkulation infolgedessen hineinragen, als die Warenpreise darauf sich aus schließlich nach den Devisennotierungen richten werden.

Am wesentlichsten ist wohl der Umstand, daß die Dollarhypothese Neigung zeigt, allmählich immer weitere Kreise der Bevölkerung zu durchdringen. Leider hat diese neuartige Strafbewehrung hier und da bereits zu recht unliebsamen Auswirkungen geführt. Bei den Verkäufern infolgedessen, als viele von ihnen die Rechnung haben, die Warenpreise zu schnell auf ein Maß heranzuführen, daß jetzt noch nicht fragbar scheint. Viele rechnen schon nicht mehr nach Großhandels- oder Friedenspreisen, sondern — unbekümmert darum, daß in den Warenpreisen vielfach mit deutlicher Mark bezahlte Leistungen stehen — mit Weltmarktpreisen. Diese bedeuten aber ein nicht unerhebliches Ansehen über die Friedensparität, da der Weltmarktpreis schon seit Jahren über dem Friedensstand liegt. Erwerbslosere zeigt er jedoch eine Neigung nach unten; der amerikanische Index z. B. ist gesunken von 156 anfangs März auf 150 anfangs Mai und 132 anfangs

Juli. Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang auch das Bestreben mancher Verkäufer (namentlich vieler Textilproduzenten und Lebensmittelgroßhändler), das Konjunktur- und Realitarisiko billig von sich auf den letzten Verbraucher, in diesem Falle die Kleinändler und die Bevölkerung abzuwälzen: dieses Verfahren heißt in ausgeprochenem Gegensatz zu der bewährten Praxis der Friedenszeit, in der das Risiko auf alle Bevölkerungsschichten ungefähr gleichmäßig verteilt war. Leider haben zahlreiche Käufer nicht die Kraft, übertriebene Forderungen abzuwehren; sie greifen gierig nach jeder verfügbaren Ware und verschärfen sich dadurch nur selbst die Preise und die Geschäftsbedingungen. Wäglich ist das nur infolge der schon lange in Deutschland herrschenden Warenknappheit, die gerade in der jetzigen Zeit zwischen alter und neuer Ernte besonders zum Ausdruck kommt. Eine Verringerung der Warenknappheit durch bessere Ausnutzung der Arbeitszeit würde dem Preisstande einen viel stärkeren Stoß versetzen, als alle Währungsgelege, Zwangsmaßnahmen auf dem Devisenmarkt und Konjunkturpolitik zusammengenommen.

## Politische Rundschau

### Der Reichskanzler an die Kulturträger.

Am Mittwoch nachmittag wurde im Reichskanzlerpalais der Abschied der neu gewählten Reichskanzler für die notleidende Kulturtätigkeit Deutschlands vom Reichskanzler empfangen. Der Präsident des Schupferbundes, Reichstagsabgeordneter Dr. Otto Cberling, führte dabei u. a. aus:

In unserem gramjam mißhandelten Vaterlande leidet am schwersten unter der allgemeinen Not der gedrückte deutsche Mittelstand, insbesondere die bedeutsame Kulturtätigkeit, die weder im wirtschaftlichen Produktionsprozeß der Marktentwertung entgegenwirkt, noch im Beamten- und Angestelltenverhältnis mit unzureichenden, aber immerhin erträglichem Einkommen das Leben fristen kann. Diese deutsche Bildungsgeschicht hat Zusammenbruch und Umsturz am meisten gelitten. Ihr Vermögen ist entzogen, ihr Einkommen gefährdet, ihre Arbeitsmöglichkeit gekürzt, ihre Zukunft von Hunger und Verzweiflung bedroht. Die Betroffenen haben sich nunmehr enger zusammengedrängt und werden sich jetzt an vor dem Inlande und Auslande mit ihrer bisherigen Leistung und ihrem heutigen Leben. Wir erheben die Stimme vor dem Finanzverordneten Ausland: Treue euch nicht! Ein furchtbares Verhängnis geschieht, wenn ihr uns Unertagliches zumutet und Unrechtliches vernichtet! Und dem schließlichen geordneten Zustand folgen wir: Wir müssen in allen Berufen unsere Leistungen so festigen und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse so ordnen, daß die Gesellschaft und die Lebenshaltung dieser gebildeten Kulturtätigkeit wieder möglich und erträglich werde und der Luell unserer tiefsten Kraft nicht verleihe. Zur Förderung dieser Ziele haben sich zahlreiche Verbände der freien geistigen

Berufsarbeiter, der Kerzte, Rechtsanwältle, Künstler, Schriftsteller und anderer voneinander Vereinigungen zu einem Schupferbunde für die notleidende Kulturtätigkeit Deutschlands zusammengeschlossen, um durch Einwirkung auf die Gesetzgebung der Verlesung des deutschen Mittelstandes entgegenzuwirken.

#### Reichskanzler Dr. Stresemann

erwiderte darauf u. a.: Der Verlust der Kulturtätigkeit, zu deren Kräftigung wir sehr viel längere Zeit brauchen als zum Aufbau von Ruinen, ist für uns von ungleich größerer Wichtigkeit als die Verfall des Staates, diesen Schäden in erster Linie zur Seite zu stehen; denn wenn diese Schichten ins Elend gekommen sind, so sind sie in erster Linie ins Elend gekommen wegen ihrer Staatsangehörigkeit. Sie waren die Träger der Staatsentwicklung, sie waren die Träger der Kriegsanstrengungen und damit vor allem auch die Träger aller der Vermögen, die dahingekommen sind. Wenn der Staat nicht in der Lage war, den Währungsverfall aufzuhalten, so hat er mindestens die Verpflichtung, diejenigen, die dadurch in diese Notlage gekommen sind, in erster Linie bei der Gesetzgebung zu berücksichtigen, hindern und fördern. Hindern, indem er sie vor weiterer Belastung schützt. Aber auch fördern in der Wiedererlangung ihrer Stellung. Aber das ist nicht das einzige Problem. Man hat zwischen wertvoller und geistiger Arbeit eine Differenzierung nicht mehr erkennen wollen. Vieles sind die Dinge einfach gegenüber früher umgekehrt worden. Ein Niederhalten der geistig wertvollen Kräfte, die aus dem Volke herausragen, ist eine Vernichtung, die wir nicht ertragen können. Nur wenn wir geistig mehr leisten als andere, werden wir wieder einbringen können, was der verlorenen Krieg genommen hat. Dann ein Drittel: Infolgedessen unseres Währungsverfalls sehen wir uns auf der einen Seite einer immer größeren Zusammenfassung der ganz starken Kräfte und auf der anderen Seite einer immer größer werdenden Zahl der sonstigen Kräfte gegenüber. Ich würde mich nicht glücklich fühlen in einem Lande, indem es nicht zwischen den großen Schichten und weichen Anhängen einer politischen Macht oder einer deutschen Armee nicht mehr bestünde. Diese Gedankengänge sind der Inbegriff meiner ganzen Lebensauffassung, und von diesen werde ich ausgehen bei der Gesetzgebung des Reiches oder im Zusammenwirken zwischen Reich und Ländern.

Auf das geistige Deutschland müssen wir die Aufmerksamkeit der anderen Länder lenken und nicht immer nur von Eisen, Kohle, Baumwolle und ähnlichen Dingen sprechen. Wenn Ihr Ausschluß darauf hinwirkt, daß in dieser Zeit tiefe deutschen Niederganges — und diese Zeit wird noch lange währen — stürzliche Erbträge der Nation gewahrt werden, daß man sich wieder der Bedeutung des Geistigen bewußt wird, so werden Sie die Grundlage zu einem deut-

ischen Wiederaufbau legen. Der Wiederaufbau wird nicht kommen auf der Grundlage der Wirtschaft und der Politik, wenn ihm nicht der Wiederaufbau der geistigen Kräfte in unserem Vaterland vorangeht.

### Der Stuttgarter Kommunistentag verboten.

Stuttgart, 23. August. Die württembergische Regierung hat den auf den 25. und 26. August einberufenen kommunistischen Parteitag in Stuttgart sowie die vorangehende Funktionärskonferenz verboten.

In der kürzlich gemeldeten Aufdeckung der Nationalsozialistischen Zentrale in Brüssel durch die Landespolizei über die amtlingsweise keine näheren Mitteilungen an die Öffentlichkeit gelangen, berichtet die „Schwabische Tagwacht“, das Organ der Sozialdemokratie: Die Firma Weder u. Co. in Stuttgart hat eine Reihe von Mannschaften gemietet, die in einer Reihe von Zentren dienen sollen, eine Zentrale für die Führung der Sturmsabteilungen der Nationalsozialistischen Partei zu schaffen. In diesen Räumen lagert eine Menge militärischer Ausrüstungsgegenstände sowie Waffen und Munition (?). Der militärische Führer ist Hauptmann a. D. Steiner und sein Adjutant Leutnant Bauer. Bürger der hiesigen Intelligenz, die die württembergische Bürgerpartei (Deutschnational) und der Bauernbund der Zentrale angeschlossen sind, soll, wie das Blatt weiter mitteilt, der bürgerliche Landtagsabgeordnete Wiler als Mittelsperson in der Zentrale eine große Rolle gespielt haben. Wiler soll Ende Juli nach München gefahren sein, um persönliche Verhandlungen mit Hitler zu führen; doch soll Hitler an diesem Termin nicht gewesen sein.

### Empfang der Eisenbahnvertreter durch Minister Leseur.

Berlin, 23. August. Gestern empfing der Reichsverkehrsminister Leseur die Vertreter der Eisenbahnorganisationen und der Betriebsvereinigungen der Reichsverkehrsverwaltung. Es wurde allerorts zum Ausdruck gebracht, daß der Reichsverkehrsverwaltung die Hauptlast der Durchführung des Ruhrabstufungskampfes, bei dem es sich um einen Kampf des Volkes, nicht der Regierung, handelt, zufallen. Minister Leseur dankte im Namen der Regierung und in seinem eigenen dem Reichsverkehrsminister für seine aufopfernde Haltung. Er brachte zum Ausdruck, daß er sich der Fürsorge der Vertreter und ihrer Angehörigen wie sein Vorgänger nicht mißtrauen werde.

### Cuno und Sinemus in London.

Paris, 21. August. Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Cuno und Hugo Sinemus werden im Laufe dieser Woche in London eintreffen. Sie wollen dort bis zum Beginn nächster Woche bleiben.

### Auflösung des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine in Polen.

Danzig, 23. August. Wie aus Polen gemeldet wird, ist der Auflösung der Deutschpolenbunde ein neuer Schlag gegen das Deutsche in Polen gefolgt: Am Sonnabend wurde dem Vorstand des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine in Polen amtlich mitgeteilt, daß der Verein aufgelöst sei, weil nach polnischen Angaben die Durchsicht der bei der Hausdurchsuchung mitgenommenen Papiere die Identität des Hauptvereins mit dem Deutschbundsverband ergeben hätte.

### Generalfreitag in Griechenland.

Athen, 23. August. Der Generalfreitag ist allgemein, jedoch herrscht überall dank der Maßnahmen der Regierung noch Ordnung. Die Ernährung für die Bevölkerung ist vorläufig noch sichergestellt, ebenso gibt es noch einen allerdings sehr beschränkten Schiffs- und Luftverkehr für Lebensmitteltransporte. Die Zeitungen konnten dagegen bereits gestern nicht mehr erscheinen. Eine Verordnung der Regierung kündigt an, daß ein Teil der Streitenden zur Armee einbezogen werden wird.

### Der Untergang des japanischen U-Bootes.

Tozoku, 23. August. Bei dem Untergang des eben erst fertiggestellten japanischen U-Bootes der Klasse sind vermutlich 85 Matrosen der Besatzung ums Leben gekommen. Nur elf sind bisher gerettet worden.

### Die militärische Lage in Spanisch-Marokko.

Madrid, 23. August. Die Kämpfe haben die spanische Kampfbasis bei Marrakech und Tefenauit umzingelt. Verstärkungen für die bedrohte Front sind bereits unterwegs.

### Eine Konferenz Benesch mit Mussolini.

Prag, 23. August. Außenminister Dr. Benesch wird am 24. August nach Rom reisen, wo er mit Mussolini eine Konferenz über die ungarische Frage haben wird.

### Verhandlungen Castiglioni mit italienischen Finanzleuten.

Rom, 23. August. Der bekannte österreichische Finanzmann Castiglioni hat mit führenden italienischen Parlamentariern und Finanzleuten längere Besprechungen gehabt, denen man in informierten Kreisen außerordentliche Bedeutung zumißt.

### Der tschechische Bergarbeiterstreik.

Prag, 23. August. Der tschechische Bergarbeiterstreik ist keine Milderung eingetreten. Die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmern und Grubenbesitzern werden fortgesetzt; ergaben aber bisher kein positives Resultat. Kohlenvorräte sind reichlich eingetroffen. Zu Befürchtungen sei kein Anlaß. Die Kohlenlieferung der Bevölkerung und der Industrie sei für die nächste Zeit sichergestellt.

## Bunte Zeitung

### Der Streit der Volkstänzer.

Das folgende Momentbild von der Straße wird in „Meinungs-Universum“ entworfen: Zwei Volkstänzer verdingelt sich trachtend mit ihren rüchdächtigen Ausladungen und ständen wie festgenagelt. Von den Aufsteigenden heiterte zwei Gestalten von flobigen Konturen, Schwerfällig wiegend wie hochbeladene Bierwagen, Vermalung in den Blüten bewegen sie sich aufeinander zu. Nebenher erwartete das Publikum den Zusammenstoß der beiden Typen. Kurz vor der Berührung stauten sie, wichen sich mit halber Wendung aus, beugten die Schultern unter die Klappen der Volkstänzer und hoben sie mit spielerischer Bewegung aus dem toten Punkt. Musketen ließ zu ihren Ehen empor, ließen die Pfeilspitzen aufstellen und brachten eine ansehnliche Menge Raum zwischen sich. Sodann erfolgte eine ruckartige Drehung des einen Nischenkörpers, und es erdröhnten die Worte: „Hatt' ich wohl noch geschlafen, alles Duffstier?“ Die Wüste zerersend, erhob sich der Schall der Gegenrede: „Stimme nur her, mei' Gassen, wenn de Stelle willst!“

## Turnen, Spiel und Sport.

### Fußball.

Am gestrigen Abend fand zwischen den beiden hiesigen Ausschmännschaften Männerturnverein und Turnerische Vereinigung ein Gesellschaftsspiel statt. Die nach dem Gymnastikturnplatz („Strandschloßweg“) getommene Zuschauermenge, die das Spielfeld dicht umsäumte, belam jedoch nicht das zu sehen, was man nach der langen Spielpause erwartet hatte. Das Spiel, welches mit äußerst scharfer Kampfarbeit begann, fiel leider schon in der ersten Halbzeit dem unbilligsten Verhalten der Mannschaft der Turnerischen Vereinigung zum Opfer. Ein Versehen von Seiten des sonst einwandfrei entscheidenden Schiedsrichters gab der Mannschaft Anlaß zum fröhlichen Punkte. Nach Herausstellen eines Spielers verließ die fünf murrend das Feld. Bei Abbruch des Spieles fand das Resultat zugunsten der Mannschaft des Männerturnvereins. Durch Vermittlung des Spielführers des M.T.V. wurde das Spiel sofort nochmals von neuem begonnen und bis zum Schluß glatt durchgeführt. In der ersten Halbzeit fand das Spiel mit 20:22 Angaben für Turnerische Vereinigung; gleich nach Zeitenswechsel legte M.T.V. kräftig vor und gewann das Gesellschaftsspiel verdient mit 41:45 Vorteilen. Die Bodenverhältnisse ließen viel zu wünschen übrig, deshalb auch die hohe Zahl von Fehlansagen.

### 3. Jahrturnen der Halleischen Turnerschaft.

Am Sonntag, 26. August, wird in Halle das 3. Jahrtturnen der Halleischen Turnerschaft abgehalten. Alle Turnvereine - 13 an der Zahl - wirken an diesem großen Turnfest mit, welches sich auf dem so herrlich gelegenen, mit allen modernen Einrichtungen versehenen Turn- und Spielplatz des Giebeldienstener Turnvereins, Rellensplatz, abwickelt. Der Sonntag-Vormittag gehört dem Wettkampf, Turner, Turnerinnen und Jugendturner werden im Dreier- und Fünfkampf einander gegenüber stehen. Nachmittags 3 Uhr beginnt das Verbe-Schauturnen. Freiluftturnen, gemeinsames Gerätturnen, vollstämmige Vorführungen sind vorgezogen. Freuden und Gönnern der edlen deutschen Turnerschaft ist dieses 3. Jahrtturnen der Halleischen Turnerschaft nur zu empfehlen. Gute Turnarbeit ist dort zu erwarten.

### Gauftag am 23. September in Halle.

Von der Gauftagleitung des Nordostdeutschen Turngaues (13. Kreis der D. L.) ist für den 23. September ein Gauftag in Halle festgesetzt worden. Das Nähere wird noch bekanntgegeben.

Die letzten Pferderennen in Halle. Trotz der äußeren schwierigen Verhältnisse und trotz der hohen Unkosten, die heute die Pferderennen verursachen, will der Schiffschüringische Renn- und Pferdezuchtverein die Rennen im September abhalten. Es sind dies die letzten Rennen in diesem Jahre, die am 2. und 5. September stattfinden. Das letzte Rennen am 9. September veranstaltet der Anhaltische Reiter- und Pferdezuchtverein auf der Halleischen Rennbahn. Für die ersten beiden Rennen sind bereits 370 Meldungen eingegangen, so daß wieder zahlreiche Gelder und guter Sport zu erwarten ist.